

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Beratung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 16/8951, 16/10712 –**

Zur Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die fünf Staaten Zentralasiens Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan sind für die Europäische Union (EU) von großer Bedeutung. Mit Blick auf Stabilität und Sicherheit in der ganzen Region hat die EU ein vitales Interesse an einer Zusammenarbeit mit den fünf Ländern. Ihre Lage als Brücke zwischen Europa und Asien und ihre schwierigen Transformationsprozesse seit Erlangen der Unabhängigkeit stellen sie vor weitreichende Herausforderungen. Dies betrifft besonders die Bereiche Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Energie und Klimawandel, Kampf gegen den internationalen Drogenhandel, Eindämmung von Epidemien, Umweltschutz und Wassermanagement.

Der Deutsche Bundestag begrüßt daher, dass die Europäische Union unter deutscher Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 eine Zentralasienstrategie zu diesen zentralen Politikfeldern entwickelt hat, die die EU in der Region als wichtigen und wahrnehmbaren Akteur verankern will.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Zivilgesellschaft in den zentralasiatischen Staaten stärker in die Konzeption und Durchführung europäischer Programme und Initiativen einzubinden und damit ihre Rolle und gegenseitige Vernetzung zu stärken,
- den Themen Menschenrechte und Rechtsstaatsförderung als Schlüsselfelder für Stabilität und Sicherheit in der Region nicht nur auf dem Papier, sondern de facto einen zentralen Platz in der Strategie einzuräumen,

- sich für die Freilassung aller politischer Gefangener in der Region einzusetzen,
- eine effektive Kooperation mit den Staaten Zentralasiens in den Bereichen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen aufzubauen statt einer Fokussierung auf Öl und Gas,
- sich für solidarische Lösungen zum Umgang mit Atommüll einzusetzen, der in Zentralasien unter gravierender Missachtung von Sicherheitsstandards „entsorgt“ worden ist,
- die unter rot-grüner Regierung ins Leben gerufene OSZE-Akademie (OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in Bischkek als akademische Institution und Bildungs- und Trainingszentrum in der Region weiter auszubauen,
- sich für die Förderung von Bildungsinfrastruktur in den zentralasiatischen Ländern einzusetzen, über Stipendienprogramme mehr Studierenden aus der Region einen Studienaufenthalt in der EU zu ermöglichen und ausreichende Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache in der Region sicherzustellen,
- sich gegenüber der aktuellen tschechischen und bevorstehenden schwedischen EU-Ratspräsidentschaft für Kontinuität im Engagement für Zentralasien einzusetzen,
- auf personelle Verstärkung für den EU-Sonderbeauftragten Pierre Morel hinzuwirken, damit er seinen mittlerweile zwei Mandaten (Sonderbeauftragter für Zentralasien und Georgien) gerecht werden kann,
- sich besonders angesichts des bevorstehenden OSZE-Vorsitzes Kasachstans im Jahr 2010 verstärkt gegenüber der kasachischen Regierung dafür einzusetzen, dass sie die angekündigten Reformen im Bereich Parteien-, Medien- und Wahlgesetzgebung umsetzt und damit eine Vorbildwirkung für die Region hinsichtlich der Einhaltung von OSZE-Standards entfaltet,
- sich dafür zu engagieren, dass Energie ein Schwerpunktthema des kasachischen OSZE-Vorsitzes 2010 wird,
- den kasachischen Vorsitz im Jahr 2010 umfassend zu begleiten und zu diesem Zweck schon im Vorfeld die deutsche Mitarbeit in der OSZE personell zu stärken.

Berlin, den 21. Januar 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die größten Entwicklungshemmnisse für die fünf zentralasiatischen Staaten sind politische Instabilität, mangelnde Rechtsstaatlichkeit und die besorgniserregende Menschenrechtslage, vor allem in Usbekistan und Turkmenistan. Jede wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation der EU mit diesen Ländern ist daher nur tragfähig in Verbindung mit konsequenter Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten als stabilisierenden Faktoren. In dem Zusammenhang sollten die Stärkung der Zivilgesellschaft und ihre Einbindung in die Strategie eine Priorität einnehmen. Dieser Aspekt kommt in der bisherigen Strategie der EU zu kurz.

Kasachstan übernimmt mit dem OSZE-Vorsitz 2010 eine Führungsrolle mit Verantwortung und Autorität. Mit seinem „Path to Europe“ Programm strebt das Land eine umfassende Kooperation mit Europa an. Allerdings sind die Reformvorhaben, die Kasachstan im Zuge der Diskussion um seinen OSZE-Vorsitz zugesagt hatte, bisher nur unzureichend erfüllt worden. Die EU sollte die Einhaltung und Umsetzung dieser Zusagen konsequent einfordern, um den Erfolg des kasachischen Vorsitzes sicherzustellen und darauf hinarbeiten, dass die Rolle der OSZE in der Region gestärkt wird.

Eine Strategie, die bei der Zusammenarbeit im Energiebereich ihren Fokus auf fossile Brennstoffe und neue Pipelinerouten setzt, läuft ins Leere. Die EU sollte sich dort engagieren, wo sie den zentralasiatischen Staaten eine nachhaltige Alternative zu russischen und chinesischen Energieambitionen bieten kann: bei der Erhöhung der Energieeffizienz, Erneuerbaren Energien und Wassermanagement, verbunden mit Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz. In diesen Bereichen liegen wichtige Ansätze zur Verbesserung der regionalen Kooperation zwischen den fünf Ländern, einem Schlüssel zur Entwicklung der Region.

Bildung ist für alle zentralasiatischen Staaten der Schlüssel für Entwicklung und Wachstum. Neben Wirtschafts- und Sozialreformen kommt es darauf an, ein Angebot öffentlicher Grundbildung für die breite Bevölkerung zu sichern. In ganz Zentralasien werden Versäumnisse des Bildungssystems zunehmend von Koranschulen ausgeglichen. In Turkmenistan ist das Bildungssystem in der Vergangenheit systematisch demontiert worden. Nur über massive Anstrengungen im Bildungsbereich wird es den zentralasiatischen Staaten gelingen, eine starke Zivilgesellschaft aufzubauen. Die internationale Gemeinschaft ist aufgerufen, Zentralasien dabei zu unterstützen. In diesem Zusammenhang war die Reduzierung von Sprachkursen zum Erlernen der deutschen Sprache ein falsches Signal.

